

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

„Würden Sie Eichmann begnadigen?“

Die österreichische Wochenzeitung *Die Furche* (Nr. 18) veröffentlicht eine Reportage, die sehr nachdenklich stimmt. Sie hat mehr als hundert Personen auf der Straße zwei Fragen stellen lassen. Die erste bezog sich auf einen gerade vor einem österreichischen Gericht stehenden Mörder namens Gufler. „Würden Sie Gufler begnadigen?“ lautete die Frage, die von allen mit zwei Ausnahmen mit einem entrüsteten Nein beantwortet wurde. Auf die zweite Frage: „Würden Sie Eichmann begnadigen?“ antworteten hingegen viele bejahend, andere ausweichend. Hier einige charakteristische Antworten: „Also das ist schon eine andere Sache . . . Schließlich hat er seine Befehle gehabt!“ — „Wissen Sie, davon weiß ich zuwenig. Das war doch irgend so eine politische Sache.“ — „Der Eichmann war doch nur ein Angestellter vom Hitler. Der konnte doch gar nicht anders. Und selber hat er ja auch keinen umgebracht. Für das Weitergeben von Befehlen kann man doch keinen bestrafen. . . .“ — „Der Eichmann muß natürlich seine Strafe haben. Aber stellen Sie sich doch vor, was er in diesen fünfzehn Jahren mitgemacht hat. Der hat seine Verbrechen doch schon längst abgebußt. Er ist doch sowieso geächtet. Ist das nicht genug?“

„Vor allem aber“, schreibt *Die Furche* zusammenfassend, „scheint ihnen allen der Fall Gufler und die Frage nach seiner Begnadigung viel, viel wichtiger als Eichmann samt all dem Geschehen, das jetzt anlässlich des Prozesses in Jerusalem noch einmal aufgerollt wird. Fazit: Vergessen ist anscheinend die üblichste und bequemste Art zu ‚bewältigen‘.“

Dieses Fazit, das *Die Furche* zieht, gilt sicher nicht nur für Österreich. Sehr zu beachten ist, was das von Bischof D. Dr. *Hans Lilje* herausgegebene *Sonntagsblatt* (1961, Nr. 17) in einem redaktionellen Aufsatz schreibt:

„Wie lästig es uns auch ist, der Name Eichmann wird noch viele Wochen das große

Thema der Weltmeinung bleiben und im jüngsten Gericht sicher nicht vergessen sein. Wer immer auf der Erde heute Zeitung lesen kann, wird zugleich auf Jerusalem und auf uns, die Deutschen, blicken und daran, wie wir mit diesem Prozeß fertig werden, sein Urteil über uns fällen.

Wie werden wir mit ihm fertig? Bis zur Stunde sind wir nicht gut mit ihm fertig geworden. Es gibt noch Schlimmeres als die Gleichgültigkeit. Der *Norddeutsche Rundfunk* ließ es am Montag einem Berliner Sprecher durchgehen, jetzt, während des Prozesses, gäbe es nur ein Gebot: der Weltöffentlichkeit klarzumachen, daß in der DDR heute dasselbe geschehe, was Eichmann getan hat. Und *Wenzel Jacksch*, sonst maßvoller Sprecher der Sudetendeutschen und Mitglied der SPD-Wahlmannschaft, hat auf den Eichmann-Prozeß mit dem abenteuerlichen Vorschlag reagiert, es solle parallel zu ihm ein internationaler Prozeß über die Verbrechen inszeniert werden, die an den Ostdeutschen verübt wurden.

Zum Glück stellt sich die Partei nicht hinter ihren Mann, aber vielleicht begrüßen mehr Menschen, als wir ahnen, auf der Flucht vor Eichmann solche Ablenkungsmanöver. Sie sehen nicht, daß gerade mit solchen Versuchen Gerechtigkeit und neue Zukunft eher verhindert werden. Denn wir Deutschen können keinerlei Interesse an pauschalen, also verlogenen, Rechnungen und Gegenrechnungen, sondern nur an wahrhaftiger Aufhellung der Vergangenheit und ihrer Täter haben.“

Vorschläge zur Entwicklungshilfe

Die neue Ordnung, eine stets lesenswerte katholische Zeitschrift, bringt in Heft 1/1961 einen Beitrag „Probleme der Entwicklungshilfe“ von Dr. *Bernhard Külpe*. Er geht davon aus, daß „der Kampf zwischen der freien Welt und den Kommunismus... in den Entwicklungsländern entschieden werden“ wird. Von den Möglichkeiten, die sich zur Hilfe anbieten, sind diskutabel nur eine staatliche Planwirtschaft und ausländische Kredite. Man mag den staatlichen Zwang einer Planwirt-

schaft aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnen, aber hatte nicht „der Merkantilismus, die europäische Form der Planwirtschaft im Entwicklungsstadium ... u. a. auch die Funktion, die Infrastrukturen der Wirtschaft zu schaffen“? „Weil in der Entwicklung der europäischen Staaten oftmals der Ausbau dieser Infrastrukturen der übrigen wirtschaftlichen Entwicklung nachhinkte, mußten wir zum Teil sehr hohes Lehrgeld zahlen, das vor allem der breiten Schicht der Arbeitnehmer aufgebürdet wurde.“ Külp würde einer ausländischen Entwicklungshilfe vor staatlichen Planwirtschaftssystemen in den Entwicklungsländern selbst den Vorzug geben und schlägt deshalb vor, diese in Form eines verlorenen Zuschusses für Investitionszwecke zu geben: „Um in den Entwicklungsländern insgesamt ein jährliches Wachstum von durchschnittlich 2 vH zu erzielen, bedarf es nach Schätzung von Sachkennern etwa der jährlichen Kapitalsumme von 10 Mrd. Dollar. Das sind etwa 15 vH der Verteidigungsausgaben der westlichen Welt“; weiter müssen wir uns darum bemühen, in den Entwicklungsländern eine Elite einheimischer Führungskräfte heranzuziehen, und ferner benötigen wir eine allgemein anerkannte soziale Theorie der Entwicklung, wenn wir Fehler in unseren Bemühungen vermeiden wollen.

Einen praktischen Einzelvorschlag zur Entwicklungshilfe macht D. Heinz Kloppenburg in Heft 4/61 der von ihm geleiteten Zeitschrift *Junge Kirche* im Zusammenhang mit der Frage des Ersatzdienstes. Die zur Beschäftigung ersatzdienstpflichtiger Kriegsdienstverweigerer zugelassenen Verbände dürfen jene nur in Heil- und Pflegeanstalten beschäftigen. „Es scheint wichtig zu sein, daß man nicht einfach alle Ersatzdienstpflichtigen in die in ihrer Wichtigkeit nicht bestreitbare Arbeit in den obengenannten Anstalten steckt, sondern daß man versucht, an die Tradition der Verbände, die sich seit Jahrzehnten mit einem Friedensdienst beschäftigen, anzuknüpfen. Verbände wie die Nothelfergemeinschaft der Freunde, die Quäker überhaupt, der Internationale Zivildienst, der Weltfriedensdienst, die Aktion Sühnezeichen haben eine teilweise sehr alte, teilweise auf jüngeren Erfahrungen begründete Bewährung vorzuweisen.“ Die Frage, ob die Staaten Asiens und Afrikas überhaupt bereit sein werden, einen Friedensdienst aufzunehmen, sollte nicht leichthin übergangen werden. „Deshalb bleibt die Frage der Pionierarbeit durch die Freiwilligenorganisationen kirchlichen und nichtkirchlichen Charakters. Es bleibt die Bitte an das Arbeitsministerium bzw. die Bitte an den Bundestag, an dieser Stelle Raum zu geben für einige Erprobungen. Man wird nicht gleich Hunderte nach draußen schicken, aber man wird sorgfältig ausgebildete kleine Gruppen in Verbindung mit der zuständigen Regierung des afrikanischen oder asiatischen Staates einsetzen können. Es ist hoch-

erfreulich, daß die IG Metall bereit zu sein scheint, ihre Lehrwerkstätten für Entwicklungsländer auch für die Vorbereitung junger Ersatzdienstpflichtiger und junger Freiwilliger zur Verfügung zu stellen. Das ist eine große und wichtige Sache, die von allen deutschen Gewerkschaften aufgenommen werden sollte.“

Hinweise

Der französische Gewerkschaftsbund *Force Ouvrière* (Paris 14 e, av. du Maine 198) hat mit der Herausgabe eines Informationsdienstes in deutscher Sprache begonnen. In Nr. 1 schildert R. Bothereau, der Generalsekretär der Force Ouvrière, den Charakter, die nächsten Ziele und den organisatorischen Aufbau dieser unabhängigen Gewerkschaftszentrale, der 34 Industriegewerkschaften angeschlossen sind. Im weiteren ist die Nr. 1 dem algerischen Problem gewidmet.

Eine sehr gründliche Arbeit über die japanische Arbeiterbewegung hat *Theodor Jaeckel*, in deutscher Sprache der in Tokio erscheinenden Zeitschrift *Monumenta Nipponica* (Band XV, Nr. 3—4) veröffentlicht. Die Zeitschrift kann in Europa durch den Verlag E. J. Brill (Leyden), der rund 75 Seiten starke Sonderdruck auch vom Verfasser (Mainz-Kastel, General-Mudra-Straße 1) bezogen werden.

Die Staatwerdung Zyperns, dessen Unruhen und Probleme jahrelang die Weltöffentlichkeit beschäftigten, ist allzu rasch durch andere spektakuläre Ereignisse in Vergessenheit geraten. Daher ist es zu begrüßen, daß im *Europa-Archiv* (Heft 7) *Wendula Weiss* in einem Aufsatz die Literatur zur Zypernfrage bespricht und würdigt.

Eine Untersuchung über die gegenwärtige Lage in den Gewerkschaften der Sowjetunion veröffentlicht die Zeitschrift *Osteuropa* (Heft 2) aus der Feder von *Boris Lewytskij*. Der Verfasser schildert u. a. die Erweiterung der Gewerkschaftskompetenzen auf dem sozialen Sektor (seit 1957) und ihre neuen Aufgaben bei der „kommunistischen Erziehung“ der Werktätigen. Der Prozeß der Veränderung in den Gewerkschaften seit 1957 habe „zur Emanzipation der sowjetischen Gewerkschaftsbürokratie“ geführt, „die inzwischen auf vielen neuen Abschnitten des sowjetischen Lebens mehr Selbständigkeit und vielleicht mehr Entscheidungsfreiheit erhalten hat“. Der Unterschied gegenüber der Epoche Stalins liege vielleicht in der Tatsache, „daß die objektive Entwicklung in der Sowjetunion die Kommunisten zwingt, die Nöte der Arbeiter in ihren Plänen stärker zu berücksichtigen“.

„Der Graben zwischen den beiden Teilen Deutschlands wird immer tiefer“ konstatiert *Günter Heinzelmann* in einem Aufsatz „Entvölkerung der Zonenrandgebiete“ im *Volkswirt* (Nr. 11): „Seit Jahren hat sich der Be-

völkerungsstand in den Grenzkreisen beiderseits des Eisernen Vorhangs stark vermindert. Wenn diese Entwicklung anhält — und nichts spricht zur Zeit dafür, daß ihr Einhalt geboten wird —, werden auf die Dauer an der Zonengrenze Fakten geschaffen, die nicht nur für unser politisches Bemühen um eine baldige Wiedervereinigung von Bedeutung sind.“ Was die Abwanderung auf die Dauer besonders verhängnisvoll gestaltet, ist der relativ hohe Anteil der jüngeren Menschen, die sowohl den westdeutschen wie den sowjetzonalen Grenzraum verlassen, nicht zuletzt wegen der verminderten Möglichkeit für die berufliche Ausbildung.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat sich vor kurzem ein neues Arbeitsprogramm gegeben. Dieses ganz auf konkrete Aufgaben ausgerichtete Arbeitsprogramm ist in der *Gewerkschaftlichen Rundschau* (Bern) im Doppelheft März/April 1961 im Wortlaut veröffentlicht. Im gleichen Heft ist das Referat nachzulesen, das *Hermann Leuenberger*, der Präsident des Gewerkschaftsbundes, zu diesem

neuen Arbeitsprogramm gehalten hat, zu dem er u. a. erklärte:

„Weil die Freiheit unser Lebenselement ist, bekennt sich der Gewerkschaftsbund zur Demokratie. Die Gewerkschaftsbewegung kann ihr Ziel nur in Freiheit erreichen. Freiheit ist notwendig, um Mißstände beim richtigen Namen nennen zu können. Wir brauchen die Freiheit, um unsere Ideen zu verbreiten und gemeinsam zu verfechten. Wir brauchen die Freiheit als Schule der Verantwortung. — Das Programm des Gewerkschaftsbundes ist an kein Dogma und an keine Ideologie gebunden. Wir achten jede politische und religiöse Weltanschauung, welche die Glaubens- und Gewissensfreiheit, die demokratischen Rechte aller respektiert. — Wir bejahen die Pflicht zur Solidarität. Die Gewerkschaften treten für jeden Arbeitnehmer ein. Jeder Arbeitnehmer sollte sich aber auch seinerseits verpflichtet fühlen, zur Gemeinschaft beizutragen und der gewerkschaftlichen Organisation anzugehören, die seine Rechte vertritt und verteidigt.“

W. F.